

Neu erschienen

Cuba Libre

Die Zeitschrift der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V. feiert den 60. Jahrestag der Kubanischen Revolution. Sie sei, schreibt Marion Leonhardt im Editorial, »bis heute der Leuchtturm für alle, die für eine andere, bessere Welt kämpfen«. Volker Hermsdorf betont, dass die Waffen der heutigen kubanischen Revolutionäre nicht mehr Karabiner, sondern »Bücher, Mikroskop und Skalpell« seien. Es gehe um den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft; »nicht zu leugnen« sei indes, dass es Probleme gebe: »mangelnde Produktivität, niedrige Einkommen, ein geringes Warenangebot oder Mängel beim Transport und in der Versorgung«. Klaus Piehl würdigt das kubanische Gesundheitswesen: Auf der Insel sei, wie sogar die CIA in einem offiziellen Handbuch einräume, die Säuglingssterblichkeit geringer als in den USA. In Kuba liege der Schwerpunkt der Gesundheitspolitik auf einer »menschenorientierten vorbeugenden Medizin, die allen in gleichem Maße zur Verfügung steht - ohne unnötigen Schnickschnack und Statussymbole«. Marion Leonhardt nennt die aktuelle Verfassungsdiskussion in Kuba eine »kleine Revolution in der Revolution«. »Heiß diskutiert« werde zum Beispiel der Vorschlag, in der Präambel den Verweis auf das »Voranschreiten zur kommunistischen Gesellschaft« zu streichen. (jW)

Cuba Libre, Nr. 1/2019, 39 Seiten, 3,50 Euro, Bezug: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V., Maybachstr. 159, 50670 Köln, E-Mail: info@fgbrdkuba.de

Rundbrief

Karl-Heinz Gräfe schreibt in einem lesenswerten Beitrag über Personal, Netzwerke und Organisationen russischer Faschisten »im nazideutschen Exil« in den Jahren 1933 bis 1941. Über die Leipziger Neonaziszene »im Wandel der Zeit« informiert Juliane Nagel. Sie konstatiert einen »kompletten Bedeutungsverlust der NPD in Leipzig«; die Szene habe allerdings ihre Strukturen und Netzwerke erhalten oder »gar ausgebaut und gleichsam neue Betätigungsfelder erschlossen«. Leipzig sei mitnichten die oft beschworene »Insel im schwarz-blauen Sachsen«. Ulla Jelpke kann einer Überwachung der AfD durch den Verfassungsschutz nichts abgewinnen. Unter anderem komme die Partei so womöglich in den »Genuss staatlich alimentierter V-Leute«. Das mache sie »in Hinblick auf ihre Rolle als zukünftiger Mehrheitsbeschaffer« leichter lenkbar: »Das aber können Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht wünschen.« (jW)

Rundbrief der BAG Antifaschismus der Partei Die Linke, Nr. 2/2018, 36 Seiten, kostenlos, Bezug: AG Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei Die Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, E-Mail: julia.wiedemann@die-linke.de

<https://www.jungewelt.de/artikel/348031.neu-erschieden.html>